

Europäische Ehrlichkeit

Nicht die EU an sich fördert den Rechtspopulismus, wohl aber die zynische Verlogenheit, mit der Politiker Brüssel instrumentalisieren **VON SEBASTIAN DULLIEN**

Die Schockwellen, die der Erfolg des Rechtspopulisten Jean-Marie Le Pen im ersten Wahlgang der französischen Präsidentschaftswahl durch Europa schickte, waren heftig: Die Integration Europas werde künftig nur noch langsam vorangehen, hieß es immer wieder. Egal wie Le Pen im zweiten Wahlgang abschneiden würde, die antieuropäische Stimmung, die sich nun so deutlich manifestiert habe, werde künftig jede französische Regierung zu einem vorsichtigeren Kurs in der Europapolitik zwingen. Und die anderen Länder würden bald folgen, um den Aufstieg ihres eigenen Le Pens zu verhindern.

Eingeständnisse an die Rechten

Jetzt scheinen die ersten Politiker Nägel mit Köpfen zu machen. In Brüssel etwa polterte der irische Finanzminister Charlie McCreevy gegen die Pläne des Finanzkommissars Pedro Solbes, mehr Kompetenzen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik auf EU-Ebene zu zentralisieren: „Die jüngsten Ereignisse in Europa sollten die Führer zu mehr Vorsicht mahnen.“ Und: „Es ist kein Zufall, dass es in allen EU-Ländern starke Kräfte gibt, die die europäische Integration zurückdrehen wollen.“ Um die Populisten nicht weiter zu stärken, so die implizite Folgerung solcher Äußerungen, sollten keine weiteren Kompetenzen nach Brüssel verlagert werden.

Gerade bei der Finanzpolitik anzusetzen und die Integration dort zu stoppen ist ein gefährliches Spiel. Die Europäische Währungsunion ist bisher nur ein halbfertiges Projekt. Unter dem jetzigen Wachstums- und Stabilitätspakt besteht trotz aller Flexibilität, die die Finanzminister inzwischen in das Abkommen hineininterpretieren, die Gefahr, dass sich Länder gezwungen sehen, im falschen

Moment und zu viel zu sparen – und damit Konjunkturkrisen zu verschärfen.

Ohne jede Koordinierung der nationalen Finanzpolitiken dagegen drohen sich Finanz- und Geldpolitik gegenseitig zu blockieren. Wenn einzelne Nationalstaaten auch im Aufschwung hohe Defizite einfahren, heizt dies die Inflation an. Die Europäische Zentralbank wäre dann gezwungen, ihre Zinsen höher zu halten, als es eigentlich notwendig wäre. Weniger Investitionen und schwächeres Wachstum für ganz Europa wären die Folge.

Nur mit einer besser abgestimmten Haushaltspolitik wird die Euro-Zone langfristig ihr volles Wachstumspotenzial ausschöpfen können. Und nur mit einem kräftigen Wachstum hat Europa eine Chance, die hohe Arbeitslosigkeit zu reduzieren.

Wie aber die Geschichte lehrt und die Wählerprofile der neuen Populisten zeigen, leistet ökonomische Not und Arbeitslosigkeit den Rechten Vorschub. An dieser Beobachtung ändert auch nichts, dass selbst in den wachstumsverwöhnten Niederlanden ein Rechtspopulist hohe Zustimmungsraten erreichen konnte. Pim Fortuyn ist in europäischer Perspektive die Ausnahme, nicht die Regel. Es sind zwar nicht unbedingt Arbeitslose, die rechts wählen, häufig jedoch solche Bürger, die sich durch Arbeitslosigkeit bedroht fühlen.

Jetzt die Integration Europas anzuhalten könnte darum den Rechten langfristig Auftrieb geben. Zugleich kann die Integration aber auch nicht weiter wie bisher betrieben werden. In den letzten Jahrzehnten haben Politiker Brüssel immer wieder zynisch dazu missbraucht, wirtschaftspolitische Reformen zu Hause durchzusetzen, die sie nur schwer der eigenen Öffentlichkeit hätten verkaufen können.

Die Haushalte in den meisten Staaten der EU waren Anfang der 90er Jahre aus dem Ruder gelaufen, die Politiker hätten über kurz oder lang die Budgets sanieren müssen. Kaum ein Politiker aber stellte sich hin und sagte: „Wir können nicht ewig mehr ausgeben, als wir einnehmen.“ Stattdessen wurde erst der Vertrag von Maastricht und dann der Dubliner Wachstums- und Stabilitätspakt mit den entsprechenden Defizitgrenzen als Begründung für die schmerzhaften Sparmaßnahmen herangezogen.

Zentralisierung mit Demokratisierung

Ähnlich sieht es bei dem Subventionsabbau und der Wettbewerbspolitik aus. Beihilfen verschlingen Steuergelder und bringen wenig. Das wissen auch die nationalen Politiker. Nur trauen sie sich nicht, gegen die entsprechenden Interessengruppen vorzugehen. Deshalb wurde immer wieder Brüssel vorgeschoben. Dass die Wähler dieses verlogene Spiel nicht ewig mitspielen wollen und deshalb populistischen Außenseitern ihre Stimme geben, ist durchaus nachvollziehbar.

Für die Finanzpolitik muss die Lösung deshalb heißen: Zentralisierung mit radikaler Demokratisierung. Wenn tatsächlich die Kommission noch mehr Mitsprache über so elementare Dinge wie Steuern und öffentliche Ausgaben in den Mitgliedsstaaten bekommen soll, muss sie sich auch von den Bürgern direkt zur Verantwortung ziehen lassen – etwa durch die Direktwahl ihres Präsidenten. Dann kann auf europäischer Ebene darüber diskutiert werden, wann und wie viel der Staat sparen will – und die Wähler können entscheiden, welche Grundsätze der Finanzpolitik sie gutheißen.